



Potsdam, 5. Juli 2006

Grundsatzklärung des Gesprächskreises Bürokratieabbau

Die Ablösung komplizierter Vorschriften und bürokratischer Prozeduren durch schnelle, kunden- und problemorientierte Strukturen und Verfahren entlastet die Wirtschaft nicht nur von hohen Kosten, sondern verschafft ihr auch einen wichtigen Zeitvorteil gegenüber den internationalen Wettbewerbern. In der Ausrichtung auf eine bürger- und wirtschaftsorientierte Verwaltung liegt deshalb eine Zukunftschance für das Land Brandenburg. Zusammen mit dem bereits beschlossenen Paradigmenwechsel in der Förderpolitik sowie den klaren Schwerpunktsetzungen für Bildung, Wissenschaft und Familie soll der Wirtschaftsstandort Brandenburg nachhaltig gestärkt werden.

Der Gesprächskreis begrüßt die in Brandenburg eingeleiteten Schritte. Es ist gut und es ist wichtig, dass die Aufgabe des Bürokratieabbaus seit Ende 2004 in zunehmend enger werdender Abstimmung zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kammern und Verbänden betrieben wird. Die am Gesprächskreis Beteiligten verbindet das Interesse an besserer Regulierung im Sinne einer Gesetzgebung, die über längere Jahre Bestand hat und einem effektiven Vollzug, der Sinn und Zweck des Gesetzes umsetzt und keine unverhältnismäßigen Kostenfolgen auslöst.

Unser Anspruch ist,

- gemeinsam die wichtigsten Handlungsfelder festzulegen und regelmäßig (Zwischen-) Bilanz zu ziehen,
- die Erwartungen von Bürgern und Wirtschaft einerseits sowie von Politik und Verwaltung andererseits aufzunehmen und daraus gemeinsame Arbeitsziele zu entwickeln und diese kooperativ anzugehen
- und insgesamt die Debatte um die Bürokratiekostenbelastung durch international bewährte Instrumente auf eine rationalere Grundlage zu stellen.

Unser Ziel ist, Brandenburg in Deutschland zu einem Vorreiter für eine abgewogene Gesetzgebung und eine leistungsfähige, kundenfreundliche, schnelle Verwaltung zu machen. Wir sehen darin eine strategisch wichtige Ergänzung zum eingeleiteten Wechsel in der Förderpolitik sowie den Prioritätensetzungen in den genannten zentralen Politikfeldern. Wir müssen flexibles Verwaltungshandeln durch eigenverantwortlich handelnde, gut qualifizierte Mitarbeiter verstärken und Unternehmer noch stärker darin unterstützen, hier Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Nur so entwickeln wir Perspektiven zum Bleiben und zum Kommen! Aber auch umgekehrt gilt: eine Verwaltung, die motiviert und dienstleistungsorientiert arbeitet, ist ein positiver Standortfaktor. Bürokratieabbau sehen wir als Aufgabe eng verzahnt mit einer an der Aufgabenkritik orientierten Verwaltungsmodernisierung und einem nutzerorientierten E-Government. Der Bürokratieabbau ist für Brandenburg eine Chance, als Standort an Attraktivität zu gewinnen. Bürokratieabbau ist wirkungsvolle Wirtschaftsförderung.

Bürokratieabbau kann weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten, den Anforderungen an den demografischen Wandel gerecht zu werden, z. B. mit Hilfe von Standardöffnungsklauseln neue Modelle der Gewährleistung der Infrastruktur zu erproben.

Mangelndes Bewusstsein für die Umsetzungskosten von Gesetzen hat zu einer Vielzahl von als notwendig erachteten Regelungen geführt. Erschwerend kommt hinzu, dass es allzu häufig an der Transparenz von Verwaltungshandeln mangelte und die Fachexperten der Verwaltung den Blickwinkel der Betroffenen noch zu selten in ihr fachliches Handeln einbezogen haben. Bürokratieabbau braucht deshalb:

- **Kostenbewusstsein und messbare Ziele!**

Kostenbewusstsein für Normen und Standards entsteht durch Transparenz über die Bürokratiebelastung von Wirtschaft, Bürgern und Verwaltung. Bürokratie kostet

Zeit, Arbeitskraft, Geld und Motivation, die der wirtschaftlichen Aktivität verloren gehen und damit Wettbewerbsnachteile bedeuten. Der Gesprächskreis begrüßt, dass die Landesregierung die Belastung durch Informationspflichten nach dem niederländischen Standard-Kosten-Modell ermittelt und damit transparent machen will, um dann Senkungsmöglichkeiten finden zu können. Wir sichern dafür unsere Unterstützung zu. Für die Bürokratiekostenmessung bedarf es der Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Der Gesprächskreis fordert die Unternehmen auf, an diesen Messungen mitzuwirken. Zudem stellt der Gesprächskreis Fachexperten zur Verfügung, die an der Auswertung der Ergebnisse mitwirken.

- **Schranken für neue Bürokratie durch Gesetzesfolgenabschätzung!**

Alle neuen Gesetze und Verordnungen sollen auf ihre Notwendigkeit, Verständlichkeit, wirtschaftliche Auswirkungen, Redundanz sowie Kosten geprüft werden. Nur im Wissen um die Folgen einer Regelung können der Kostenaufwand und der Nutzen in ein angemessenes Verhältnis gestellt werden. Aber auch ein Draufsatteln auf EU- und Bundesgesetze soll gründlich abgewogen und in Zukunft vermieden werden. Darüber hinaus können durch transparenten Umgang mit Gesetzesvorhaben und Regierungszielen der Einfluss von partikularen Interessen geschwächt und eine breitere Öffentlichkeit in stärkerem Maße im Vorfeld einer Gesetzesentstehung mit einbezogen werden. Wir begrüßen daher die geplante Einführung von Konsultationsverfahren bei Gesetzentwürfen.

Der Gesprächskreis möchte die Arbeit der Leitstelle Bürokratieabbau bei der Ermittlung belastender Normen und Standards mit Hilfe von Gesetzesfolgenabschätzungen unterstützen. Er betont die Bedeutung der in der Leitstelle integrierten Zentralen Normenprüfung, die Gesetze und Verordnungen auf ihre Erforderlichkeit, Zweckmäßigkeit sowie auf ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Bürger untersucht.

- **Bürokratieabbau braucht die Mitarbeit der Betroffenen!**

Die Landesregierung braucht die Hinweise und Ideen der von Regulierung betroffenen Bürger und Unternehmen. Die Leitstelle Bürokratieabbau ist auch Anlaufstelle, die Vorschläge und Anregungen zum Bürokratieabbau sammelt und gemeinsam mit den Ressorts auf ihre Umsetzbarkeit prüft. Wir bitten unsere Mitglieder und Partner, die Anlaufstelle in der Staatskanzlei durch konkrete Problemanzeigen zu unterstützen.

- **Mut zum Wettbewerb der Ideen und zum Experiment!**

Bürger und Unternehmer wünschen sich eine Verwaltung, die sich nach dem realen Lebenslagenprinzip orientiert. Wir sollten die Bedürfnisse der Bürger und Unternehmen stärker in die Gestaltung von Verwaltungsabläufen einbeziehen. Vorhandene Ermessensspielräume vor Ort sollen auch tatsächlich genutzt werden. Wir unterstützen die zahlreichen Vorschläge zum Bürokratieabbau aus Wirtschaft und Kommunen sowie deren Erprobung und fördern die Bekanntmachung guter Beispiele in der Verwaltung. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Selbststeuermöglichkeiten und Mut zum Experiment, aber auch die Fähigkeit von anderen, die es besser machen, zu lernen.

Der Gesprächskreis wertet das 1. Bürokratieabbaugesetz als Einstieg in den notwendigen Mentalitätswandel. Weitere Schritte müssen folgen. Unser Ziel ist, diesen im engen Dialog von Bürgern, Unternehmen, Politik und Verwaltung nach Kräften voranzubringen.

Die Mitglieder des Gesprächskreises Bürokratieabbau:

| | |
|---|--|
| Handwerkskammer Cottbus | Präsident Herr Peter Dreißig |
| | Hauptgeschäftsführer Herr Knut Deutscher |
| Handwerkskammer Frankfurt (Oder) | Präsident Herr Detlef Karney |
| | Hauptgeschäftsführer Herrn Jürgen Watzlaw |
| Handwerkskammer Potsdam | Präsident Herr Klaus Windeck |
| | Hauptgeschäftsführer Herr Dr. Wolfgang König |
| Industrie- und Handelskammer Cottbus | Präsident Herr Ulrich Fey |
| | Hauptgeschäftsführer Herr Dr. Joachim Linstedt |
| Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder) | Hauptgeschäftsführer Herr Gundolf Schülke |
| | Präsident Herr Prof. Dr. Johannes Godau |
| Industrie- und Handelskammer Potsdam | Präsident Herr Dr.-Ing. Victor Stimming |
| | Hauptgeschäftsführer Herr Peter Egenter |
| Landkreistag Brandenburg | Geschäftsf. Vorstandsmitglied Herr Dr. Paul-Peter Humpert |
| Landtag Brandenburg | Vorsitzende des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards (SANS) Frau Tina Fischer |
| | Stellv. Vorsitzende SANS Frau Margitta Mächtig, MdL |
| Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg | Staatssekretär Herr Rudolf Zeeb |

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Staatssekretär
Herr Hans-Jürgen Hohnen

Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg

Staatssekretär
Herr Dr. Wolfgang Krüger

Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Chef der Staatskanzlei
Herr Clemens Appel

Städte- und Gemeindebund Brandenburg

Geschäftsführer
Herr Karl-Ludwig Böttcher

Technische Universität Cottbus

Frau Prof. Dr. Irene Krebs

Universität Potsdam

Herr Prof. Dr. Werner Jann

Unternehmerverband Brandenburg e.V.

Präsident
Herr Eberhard Walter

Geschäftsführer
Herr Roland Kleint

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und
Brandenburg e. V.

Präsident
Herr Gerd von Brandenstein

Geschäftsführer
Herr Andreas Fleischer